



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 21.11.2023
COM(2023) 717 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

Jahresbericht 2023

**über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für das auswärtige
Handeln
im Jahr 2022**

{SWD(2023) 357 final}

Inhaltsverzeichnis

GLOBALES ENGAGEMENT	1
Einführung.....	1
Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine	2
Die EU: ein starker globaler Akteur.....	4
Global Gateway.....	5
Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung.....	6
GLOBALE PRIORITÄTEN	6
Menschliche Entwicklung.....	6
Grüner Deal.....	7
Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie und Innovation.....	8
Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung	9
Migration, Flucht und Vertreibung	10
Gute Regierungsführung, Frieden, Sicherheit und Menschenrechte	10
GLOBALE REICHWEITE.....	11
Subsahara-Afrika	11
Asien und Pazifischer Raum	11
Amerika und karibischer Raum.....	12
Europäische Nachbarschaft	12
Westbalkan und Türkei	14
Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG).....	14

GLOBALES ENGAGEMENT

Einführung

Im Jahr 2022, als sich die Welt noch von der COVID-19-Pandemie erholte, sah sich die internationale Gemeinschaft aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dessen Folgen einer neuen Krise gegenüber. Die russische Aggression führte zu einer großen humanitären Notlage, zu einem Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise, der die weltweite Ernährungsunsicherheit noch verschärfe, sowie zu einer anhaltenden Energiekrise.

Die EU hat mit ihren Instrumenten des auswärtigen Handelns und im Rahmen internationaler Partnerschaften auf die Auswirkungen des Krieges reagiert, indem sie ihre politische, humanitäre und finanzielle Unterstützung für die Ukraine und deren Nachbarländer aufgestockt und gleichzeitig ihre Hilfsleistungen für andere Partner, insbesondere die am wenigsten entwickelten und am stärksten gefährdeten Länder, verstärkt hat.

In diesem Bericht werden die zentralen Elemente der finanziellen Unterstützung der EU für internationale Partnerschaften, humanitäre Hilfe, die Außenpolitik und die Erweiterung im Jahr 2022 dargelegt. Gemäß dem Mehrjährigen Finanzrahmen für 2021-2027 werden die meisten früheren Finanzierungsinstrumente für das auswärtige Handeln in einem einzigen Instrument, dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (Instrument „NDICI/Europa in der Welt“), zusammengefasst; dieses wiederum wird durch eine Reihe von gezielten Instrumenten wie die humanitäre Hilfe und das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) ergänzt.¹

Im Jahr 2022 begann die Umsetzung der **Global-Gateway-Strategie** der EU²; ihr Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen Konnektivität durch weltweite Infrastrukturinvestitionen in fünf Schwerpunktbereichen auf der Grundlage des Konzepts „Team Europa“³. Im Rahmen dieser Strategie haben die Europäische Union und die Afrikanische Union das Investitionspaket Afrika-Europa verabschiedet.⁴

Im Zuge der Global-Gateway-Strategie setzte die EU weiterhin **Wirtschafts- und Investitionspläne** für die Nachbarschafts- und Erweiterungsregionen um. In der Region der Östlichen Partnerschaft lag der Schwerpunkt auf kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem ökologischen und digitalen Wandel, in der südlichen Nachbarschaft standen der ökologische Wandel, die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, die Konnektivität sowie die Unterstützung des Privatsektors im Vordergrund.

Die EU leistete weiterhin **humanitäre Hilfe**, um das Leid von Millionen der am stärksten gefährdeten Menschen auf der ganzen Welt zu lindern. Im Jahr 2022 richtete die EU die **Kapazität für europäische humanitäre Hilfe** ein, um die humanitäre Soforthilfe bei plötzlichen Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen auszuweiten.

¹ Einzelheiten hierzu sind der Einleitung in Teil I der diesem Jahresbericht beigefügten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zu entnehmen.

² https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway_de

³ Dabei werden die Ressourcen der EU mit denen der EU-Mitgliedstaaten und der europäischen Entwicklungsforschungsinstitutionen kombiniert.

⁴ Siehe S. 4.

Im Rahmen ihrer Erweiterungshilfe förderte die EU die ländliche Entwicklung, Investitionen in Schlüsselbereichen wie Verkehr, die Energiesicherheit sowie den digitalen und ökologischen Wandel. Im Juni erkannte der Europäische Rat an, dass die Zukunft der **Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens** in der EU liegt, und erkannte der **Ukraine sowie der Republik Moldau** den Status von Bewerberländern zu.

Die EU setzte ihre Unterstützung für **Demokratisierung und Menschenrechte** fort, indem sie sechs Wahlbeobachtungsmissionen (Kenia, Kolumbien, Lesotho, Libanon, São Tomé und Príncipe sowie Timor-Leste) entsandte und in acht Ländern Folgemissionen durchführte.

Die EU bekraftigte ihr Engagement für die **globale Sicherheit**, und im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität wurde der Frieden in Partnerländern und -regionen wie Mosambik, Niger, Nigeria, Somalia, der Republik Moldau und den westlichen Balkanstaaten unterstützt.

Die EU unterstützte Länder weiterhin bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie und brachte eine neue **Strategie für globale Gesundheit**⁵ auf den Weg, um die weltweite Gesundheitssicherheit zu stärken und die Gesundheit aller zu verbessern. Darüber hinaus reagierte die EU auf andere, lokal begrenzte Epidemien wie die jüngsten Ausbrüche von Ebola und Cholera und den Notstand im Zusammenhang mit dem Affenpockenvirus.

Die EU und die Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) machten 2022 Fortschritte im Hinblick auf die Unterzeichnung eines **Nachfolgeabkommens zum Cotonou-Abkommen**.⁶ Unterdessen wurde das Partnerschaftsabkommen von Cotonou bis Mitte 2023 verlängert.

Die Reaktion der EU auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

Die EU reagierte geeint, entschlossen und unmittelbar auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die 27 Mitgliedstaaten und ihre Partner weltweit **verurteilten den grundlosen und ungerechtfertigten Angriffskrieg** und handelten rasch, um Russland politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Des Weiteren verurteilte die EU die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, zu denen es laut Berichten gekommen war.

Als Zeichen ihrer uneingeschränkten Unterstützung für die Ukraine verstärkte die EU ihre politische, humanitäre und finanzielle Hilfe für das Land. Im Laufe des Jahres 2022 verabschiedete die EU in enger Abstimmung mit der G7 und anderen Partnern neun Pakete mit beispiellosen Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen, die für die Invasion verantwortlich waren. Die Sanktionen richten sich gegen die russischen Schlüsselsektoren Finanzen, Energie und **Verkehr** sowie gegen staatliche Unternehmen und führten dazu, dass in der EU Vermögenswerte im Wert von rund 24,1 Mrd. EUR eingefroren wurden.

Um fast vier Millionen Menschen, die zur Flucht aus der Ukraine gezwungen waren, (zusätzlich waren über 6,6 Millionen Binnenvertriebenen in der Ukraine zu verzeichnen) unmittelbaren Schutz zu gewähren, wurde erstmals die **Richtlinie über den vorübergehenden Schutz** aktiviert. Der Menschenhandel konnte weitgehend unterbunden werden, indem ein gemeinsamer Plan der EU zur

⁵ https://health.ec.europa.eu/internationalcooperation/global-health_de

⁶ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/european-development-policy/acp-eu-partnership_de

Bekämpfung des Menschenhandels umgesetzt wurde, um die in der EU ankommenden Menschen zu schützen.

Im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ stellte die EU zusammen mit ihren Mitgliedstaaten und Finanzierungsinstitutionen **Finanzhilfe**, Budgethilfe und humanitäre Hilfe **in Höhe von 18,9 Mrd. EUR⁷ bereit**. Zudem wurden 3,1 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung über die Europäische Friedensfazilität mobilisiert und eine mit mehr als 100 Mio. EUR ausgestattete militärische Unterstützungsmission der EU für die ukrainische Armee eingerichtet. Nachdem die Ukraine im Februar das Katastrophenschutzverfahren der Union aktiviert hatte, wurden 2022 mehr als 80 000 Tonnen Sachhilfe im Wert von schätzungsweise 502 Mio. EUR bereitgestellt.

Mit Finanzhilfen in Höhe von 330 Mio. EUR wurden **Soforthilfemaßnahmen** in verschiedenen Bereichen **unterstützt**, etwa für die Wohnraumversorgung und die Instandsetzung kritischer Infrastrukturen, auch im Rahmen der Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine, für einen widerstandsfähigen digitalen Wandel und Cybersicherheit sowie für die Bekämpfung von Desinformation. Auch aus anderen EU-Programmen wurden Mittel in Höhe von fast 200 Mio. EUR umgewidmet, um die Folgen des Krieges zu bewältigen.

Insgesamt beliefen sich die im Rahmen der EU-Hilfe ausgezahlten Mittel auf 10,1 Mrd. EUR⁸; davon entfielen 7,2 Mrd. EUR auf Makrofinanzhilfen und 686 Mio. EUR auf Budgethilfen.

Das Thema **nukleare Sicherheit** gab angesichts des unverantwortlichen Handelns Russlands innerhalb und im Umfeld der ukrainischen Atomanlagen Anlass zu großer Besorgnis. Die Kommission mobilisierte das Europäische Instrument für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit, um die entstandenen Zerstörungen, insbesondere in der Sperrzone von Tschernobyl, rasch zu beheben. Die Unterstützung durch die EU umfasste Mittel in Höhe von 5 Mio. EUR für bilaterale Hilfe zur Wiederherstellung der Überwachungskapazitäten und einen Beitrag von 5 Mio. EUR zum Konto für internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Tschernobyl (International Chernobyl Cooperation Account) für den Wiederaufbau der für die nukleare Sicherheit relevanten Infrastruktur. Mit weiteren 3,4 Mio. EUR wurde die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) unterstützt, unter anderem deren Präsenz an kritischen Nuklearstandorten in der Ukraine.

Die russische Blockade ukrainischer Ausfuhren und die Vernichtung von Kulturpflanzen führten zu einer Verschärfung der weltweiten Ernährungskrise. Die Zahl der akut von **Ernährungsunsicherheit** betroffenen Menschen erreichte 2022 einen Rekordwert von rund 258 Millionen.⁹

Im Rahmen eines umfassenden „Team-Europa“-Ansatzes verstärkte die EU ihre Unterstützung im Bereich der **Ernährungssicherheit** und unterstützte die am stärksten betroffenen Länder in Afrika, im Nahen Osten sowie im karibischen und pazifischen Raum, unter anderem durch die Erleichterung ukrainischer Ausfuhren über die Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine. Durch diese geschlossene Reaktion auf die weltweite Ernährungsunsicherheit dürften im Zeitraum 2021-2024 rund 18 Mrd. EUR mobilisiert werden, davon 8,3 Mrd. EUR von den Institutionen der EU und rund 9,6 Mrd. EUR von den Mitgliedstaaten. Die Institutionen der EU leisteten im Jahr 2022 Zahlungen von

⁷ Ohne den Anteil der Unterstützung durch die EBWE, der nicht direkt durch EU-Garantien gedeckt ist.

⁸ Ohne Berücksichtigung der für konfliktbezogene Maßnahmen umgewidmeten Mittel.

⁹ <https://www.fsinplatform.org/global-report-food-crises-2023>

rund 2,6 Mrd. EUR zur Bekämpfung der weltweiten Ernährungsunsicherheit, davon rund 1 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe im Ernährungsbereich¹⁰.

Des Weiteren verstärkte die EU ihre Bemühungen, um den weltweiten Mangel an Düngemitteln zu beheben, auf den in der im November veröffentlichten Mitteilung über Düngemittel¹¹ hingewiesen wurde.

Die EU: ein starker globaler Akteur

In einem Jahr zunehmender Unsicherheit blieb die EU eine treibende Kraft für den Multilateralismus und bot weiterhin wirksame Antworten auf globale Herausforderungen, indem sie eine ehrgeizige Nachbarschaftspolitik verfolgte, sich für Solidarität einsetzte und umfassende Partnerschaften zur Sicherung und Förderung von Frieden, Stabilität, Demokratie und Menschenrechten aufbaute.

Die EU-Mitgliedstaaten bekräftigten ferner ihre Zusage, in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit und Verteidigung zu übernehmen, um gemeinsame Interessen und Werte zu schützen.

Die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten sind auf der Grundlage des Konzepts „Team Europa“ weiterhin der größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe: Zusammen stellten sie 2022 mit 92,8 Mrd. EUR¹² (0,59 % des Bruttonationaleinkommens) 43 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe¹³ bereit.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten weiteten ihre Hilfe für Partnerländer aus und sorgten somit dafür, dass die Unterstützung für die Ukraine nicht auf Kosten der übrigen Welt geht.

Im Juli fand unter der Leitung von Präsidentin von der Leyen und VN-Generalsekretär Guterres der erste **Hochrangige Dialog zwischen der EU und den Vereinten Nationen** statt. Dabei wurden unsere gemeinsamen Ziele und der Wert der Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen bekräftigt.

Die EU stellte humanitäre Hilfe in Höhe von 2,6 Mrd. EUR zur Deckung des dringenden Bedarfs notleidender Menschen weltweit bereit. Die EU, die Mitgliedstaaten, die EIB und die EBWE sind im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ weiterhin ein wesentlicher globaler Geber von humanitärer Hilfe, auch für „vergessene Notlagen“ wie die Hungersnot in der Sahelzone.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten standen weiterhin an der Spitze der **internationalen Solidarität zur Bewältigung von COVID-19**, indem sie den Partnerländern 502,2 Millionen Impfstoffdosen zur Verfügung stellte. Davon wurden 422 Millionen Dosen über COVAX und 80,2 Millionen Dosen auf bilateraler Ebene bereitgestellt.

¹⁰ Dieser Betrag umfasst humanitäre Hilfe für Lebensmittel, Ernährung und Existenzsicherung sowie 50 % der humanitären Mehrzweck-Bargeldprogramme (der Prozentsatz der Mehrzweck-Bargeldtransfers, der laut Schätzungen einer Studie der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission (GD ECHO) aus dem Jahr 2023 für Lebensmittel ausgegeben wird).

¹¹ [COM\(2022\) 590 final/2 vom 9. November 2022](#)

¹² Basierend auf vorläufigen Daten der OECD für 2022 (veröffentlicht im Frühjahr 2023).

¹³ Unter „weltweite öffentliche Entwicklungshilfe“ wird hier die von der EU insgesamt und allen anderen Geberländern bereitgestellte öffentliche Entwicklungshilfe verstanden.

Bei der Umsetzung der Global-Gateway-Initiative für die **Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika** wurden rasch Fortschritte erzielt, und es wurde eine Initiative zur Unterstützung ähnlicher Bemühungen in Lateinamerika und der Karibik angekündigt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten waren auch weiterhin führend bei den globalen Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels und der ökologischen Herausforderungen, und die EU war mit 5340 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2022 nach wie vor der weltweit größte Geber von internationaler öffentlicher Klimafinanzierung.

Global Gateway

Im Laufe des Jahres 2022 setzte die Kommission in enger Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ weiterhin die **Global-Gateway-Strategie**¹⁴ um, indem wichtige Global-Gateway-Investitionspakete und Team-Europa-Initiativen auf den Weg gebracht wurden.

Die erste Sitzung des **Global-Gateway-Ausschusses** fand am 11. Dezember unter dem Vorsitz von Präsidentin von der Leyen und der Beteiligung der Außenminister der Mitgliedstaaten statt.

Als wichtigen Schritt zur Mobilisierung der geplanten Investitionen in Höhe von 300 Mrd. EUR bis 2027 unterzeichnete die Kommission mit der Europäischen Investitionsbank eine Garantievereinbarung über 26,725 Mrd. EUR für öffentliche Investitionen im Rahmen des **Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+)**. Darüber hinaus stellte die Kommission finanzielle Garantien in Höhe von 8,45 Mrd. EUR¹⁵ für Investitionen des Privatsektors bereit, die im Rahmen des EFSD+ zur Unterstützung von 56 vorgeschlagenen Investitionsprogrammen in den westlichen Balkanstaaten und der Türkei, in den Nachbarschaftsregionen sowie in Afrika südlich der Sahara, in Lateinamerika, in Asien und im Pazifikraum vergeben wurden. Diese Garantien für den Privatsektor könnten zu Investitionen in Höhe von mehr als 67 Mrd. EUR führen.

Zu den wichtigsten Investitionsvorhaben in diesem ersten Jahr der Umsetzung zählten Programme zur Förderung der digitalen Konnektivität zwischen der EU und ihren Partnern, zur Steigerung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und Erhöhung der Energieversorgungssicherheit, zur Förderung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln und zur Ausweitung des Zugangs zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien sowie der diesbezüglichen Produktionskapazitäten.

Als erstes Ergebnis von Global Gateway wurde auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) am 17. und 18. Februar das **Investitions paket Afrika-Europa** angekündigt, über das bis 2027 Investitionen im Wert von mindestens 150 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen, darunter 28 Mrd. EUR in Form von Finanzhilfen.

In den Nachbarschafts- und Erweiterungsregionen wird die Umsetzung von Global Gateway durch drei regionale Wirtschafts- und Investitionspläne unterstützt, und zwar mit 84 Vorzeigeprojekten, durch die bis 2027 Investitionen in Höhe von 77 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen. In den westlichen Balkanstaaten sowie in den Ländern der östlichen und südlichen Nachbarschaft werden umfangreiche Infrastrukturprojekte durchgeführt, darunter der Eisenbahnkorridor VIII zwischen Nordmazedonien

¹⁴ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway_de

¹⁵ 6,05 Mrd. EUR wurden von der Generaldirektion Internationale Partnerschaften (GD INTPA) und 2,4 Mrd. EUR von der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (GD NEAR) bereitgestellt.

und Bulgarien, das Unterseestromkabel im Schwarzen Meer zwischen Georgien und Rumänien und das Untersee-Glasfaserkabel Medusa, das Nordafrika mit Spanien, Frankreich, Italien, Zypern und Portugal verbindet.

Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung

Im Rahmen ihrer Prioritäten für Entwicklungsmaßnahmen – menschliche Entwicklung, Grüner Deal, nachhaltiges Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze, Digitalisierung, Bekämpfung von Ungleichheiten, Migration sowie gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit – unterstützt die EU internationale Partner bei der Verwirklichung der **Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung**.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben ihr Engagement für die Verwirklichung dieser Ziele gefestigt, unter anderem durch die Einführung der **Global-Gateway-Strategie**, über deren Investitionsprioritäten zum Erreichen aller Ziele für nachhaltige Entwicklung beigetragen wird.

Im Jahr 2022 hat die Kommission die Ziele für nachhaltige Entwicklung aktiv in den **EU-Rahmen für bessere Rechtsetzung**¹⁶ integriert.

GLOBALE PRIORITÄTEN

Menschliche Entwicklung

Aufgrund der beispiellosen Herausforderungen, zu denen Konflikte, der Klimawandel, Pandemien und die stille globale Bildungskrise zählen, wurden die Fortschritte im Bereich der menschlichen Entwicklung in den letzten Jahren zunichtegemacht und Ungleichheiten verstärkt. Die EU hat ihre Anstrengungen in ihren verschiedenen Aktionsbereichen im Jahr 2022 verdoppelt.

Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass bessere Prävention, Vorsorge und Reaktion erforderlich sind, um künftige Gesundheitskrisen zu bewältigen. Am 30. November wurde im Rahmen der Global-Gateway-Strategie eine neue **EU-Strategie für globale Gesundheit**¹⁷ auf den Weg gebracht; darin wird auf die Bedeutung funktioneller und inklusiver Gesundheitssysteme sowie auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich mit dem Thema Vorsorge im Bereich der Gesundheitssicherheit zu befassen und dabei den gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und medizinischen Technologien zu verbessern sowie die Kapazitäten zu deren Herstellung zu erhöhen. Die EU sagte 2022 einen Betrag von 715 Mio. EUR¹⁸ für den Globalen Fonds zu.

Die Kommission setzte ihre **Maßnahmen im Bereich des sozialen Schutzes** in zehn Ländern fort und legte den Schwerpunkt im Rahmen von zwei globalen Fazilitäten auf den Aufbau von Systemen, Digitalisierung und Registrierung sowie auf spezielle Sozialschutzprogramme für Frauen und informell Beschäftigte.

Im Einklang mit ihrem dritten Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III) förderte die EU weiterhin geschlechtergerechte humanitäre Maßnahmen und die **Gleichstellung der Geschlechter**. In einschlägigen multilateralen und regionalen Foren sowie in bilateralen Dialogen sprach sie

¹⁶ https://commission.europa.eu/law/law-making-process/planning-and-proposing-law/better-regulation_de

¹⁷ https://health.ec.europa.eu/internationalcooperation/global-health_de

¹⁸ Für den Zeitraum 2023-2025.

insbesondere Fragen im Zusammenhang mit Frauen, Frieden und Sicherheit an. Das Gender-Mainstreaming wurde weiter gestärkt, auch im Rahmen von Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die EU setzte sich weiterhin für den Schutz von Kindern und Kinderrechten in der ganzen Welt ein, auch in bewaffneten Konflikten. Damit kam sie ihren Zusagen im Rahmen der EU-Kinderrechtsstrategie für den Zeitraum 2021-2024¹⁹ nach.

Die weltweit mehr als 1,8 Milliarden jungen Menschen sind zentrale Akteure des Wandels und tragen dazu bei, widerstandsfähigere, inklusivere und wohlhabendere Gesellschaften auf der ganzen Welt zu gestalten. Im Oktober verabschiedete die Kommission erstmals einen **Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU**²⁰, um die Beteiligung, Befähigung und Begegnung junger Menschen weltweit zu fördern.

Durch die im Mai gestartete regionale **Team-Europa-Initiative für „Arbeitsplätze durch Handel und Investitionen“** in der südlichen Nachbarschaft wird ein ganzheitlicher Ansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt, indem Initiativen gebündelt werden, die Handel, Investitionen und Unternehmertum mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung des Humankapitals verknüpfen.

Der Bereich **Bildung** war nach wie vor ein Schlüsselbereich in den Außenbeziehungen der EU. Die EU setzte sich dafür ein, dass jedem Kind, auch Kindern und jungen Menschen, die von Konflikten, Krisen und humanitären Notlagen betroffen sind, ein Recht auf Bildung zugestanden wird. Die EU hat 10 % ihrer für die humanitäre Hilfe vorgesehenen Haushaltssmittel für Bildung in Notlagen bereitgestellt. Auf dem EU-Gipfel zur Umgestaltung der Bildung („Transforming Education“) im September wurde die **globale Führungsrolle der EU im Bereich Bildung** gewürdigt.

Die Investitionen der EU konzentrierten sich auf Lehrkräfte, **gerechtere und inklusivere Bildungssysteme** sowie auf Qualifikationen, die es den Partnerländern ermöglichen werden, den digitalen und ökologischen Wandel optimal zu nutzen.

Grüner Deal

Auf der 27. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über **Klimaänderungen** (UNFCCC COP27) stellte die EU umfangreiche Initiativen vor, mit denen die Partnerländer bei der Eindämmung des Klimawandels und der Reaktion darauf unterstützt werden sollen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union, Dänemark, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden brachte sie die Team-Europa-Initiative für Klimaanpassung und -resilienz in Afrika auf den Weg, in der bestehende und neue Programme zur Anpassung an den Klimawandel im Wert von über 1 Mrd. EUR zusammengeführt werden.

Um den Kohleausstieg zu unterstützen, schloss die EU zusammen mit ihren G7-Partnern **Partnerschaften für eine gerechte Energiewende** mit Indonesien und Vietnam und erzielte Fortschritte bei der Umsetzung der Energiewende-Partnerschaft mit Südafrika. Gemeinsam mit

¹⁹ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/rights-child/eu-strategy-rights-child-and-european-child-guarantee_de

²⁰ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/youth/youth-action-plan_de

Deutschland rief die EU zudem eine globale Plattform für Kohleregionen ins Leben, um durch Wissensaustausch und Vernetzung einen gerechten wirtschaftlichen Wandel zu unterstützen.

Zum Ende des Jahres 2022 hatte die EU 29 Partnerländern technische Unterstützung bei der Ausarbeitung, Aktualisierung und Umsetzung von national festgelegten Beiträgen und nationalen Anpassungsplänen geleistet. Im Rahmen ihrer Dialoge über klima- und energiepolitische Fragen hat sich die EU mit den USA, Indien, China und anderen großen Verursachern von Treibhausgasemissionen über Strategien zur Energiewende, bewährte Verfahren und grüne Technologien ausgetauscht, um die Entwicklung erneuerbarer Energien zu beschleunigen und die Energieeffizienz zu fördern.

Des Weiteren hat sich die EU in multilateralen Foren aktiv dafür eingesetzt, eine globale Energiewende im Einklang mit den Zielen des Übereinkommens von Paris voranzutreiben. Sie unterstützte die Entwicklung eines globalen Marktes für Wasserstoff. Mit der Ukraine, Ägypten, Japan, Namibia und Kasachstan wurden im Jahr 2022 bilaterale, nicht bindende Vereinbarungen unterzeichnet, um die Nachfrage nach erneuerbarem Wasserstoff zu fördern bzw. einen Beitrag zur **Erzeugung von erneuerbaren Energien und erneuerbarem Wasserstoff** zu leisten.

Auf der Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen (COP 15) im Dezember wurde der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal angenommen. Die EU bekräftigte ihre Zusage, im Rahmen ihrer externen Zusammenarbeit 7 Mrd. EUR für die Förderung der **biologischen Vielfalt** bereitzustellen.

Die Kommission verabschiedete eine neue **Agenda der EU für die internationale Meerespolitik**²¹, in der die im europäischen Grünen Deal festgelegten Prioritäten aufgegriffen werden.

Mit der Umsetzung der Initiative „SWITCH to Green“ (Umstellung auf grün), unter anderem durch regionale Programme in Asien, Afrika und im Mittelmeerraum, verstärkte die EU auch ihre Zusammenarbeit mit den Partnerländern im Hinblick auf die Förderung von **Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch** und insbesondere des Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft.

Die Kommission brachte die **afrikanisch-europäische Initiative für grüne Energie** auf den Weg, deren Ziel es ist, die Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie um 300 Gigawatt zu erhöhen und den Zugang zu erschwinglicher, zuverlässiger und nachhaltiger Energie zu gewährleisten.

Nach der Einführung der Globalen Verpflichtung zur Verringerung der Methanemissionen auf der COP 26 unterstützte die EU die Einrichtung der Internationalen Beobachtungsstelle für Methanemissionen, die unter dem Dach des Umweltprogramms der Vereinten Nationen der Erfassung detaillierter Daten, dem Aufbau von Kapazitäten und der Unterstützung von Maßnahmen zur Verringerung der Methanemissionen dient.

Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie und Innovation

Im Rahmen von Global Gateway wurden im Jahr 2022 bedeutende Fortschritte mit Blick auf digitale Programme (unter anderem mit der Leitinitiative zu Daten in Subshara-Afrika), das „EurAfrica Gateway“ (internationale Unterseekabel) und die regionalen Glasfaser-Backbone-Netze in Afrika (regionale/grenzüberschreitende terrestrische Verbindungen) erzielt. Darüber hinaus hat

²¹ [JOIN\(2022\) 28 final vom 24. Juni 2022](#)

Vizepräsidentin Vestager in Nigeria das erste Global-Gateway-Paket für digitale Wirtschaft im Wert von 820 Mio. EUR auf den Weg gebracht.

Auf dem Indo-Pazifik-Forum im Februar wurde die für den asiatischen und pazifischen Raum zuständige regionale Zweigstelle der **Plattform für digitalgestützte Entwicklung (Digital4Development (D4D) Hub)** ins Leben gerufen. Auch die Zweigstelle für Lateinamerika und die Karibik wurde 2022 eingerichtet, und die Zweigstelle für Afrika führte weiterhin mehrere Leitinitiativen wie die D4D-Hub-Initiative und das IDEA-Projekt der Afrikanischen Union und der EU durch.

Ferner gab es Fortschritte mit Blick auf die Gründung einer vom D4D-Hub unterstützten **Digitalen Allianz EU-Lateinamerika/Karibik**, durch die die Finanzierung für die Einrichtung eines digitalpolitischen Dialogs zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik gewährleistet werden soll, die Ausweitung des BELLA-Programms für digitale Infrastruktur, die Schaffung eines digitalen Beschleunigers für Unternehmen und die Umsetzung eines regionalen Copernicus-Programms.

Beim **Erdbeobachtungs- und Überwachungsprogramm der Union und Afrika (GMES&Africa)**, der wichtigsten Kooperationsinitiative zwischen Afrika und der EU im Bereich der Erdbeobachtung und der globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung, wurde erfolgreich die zweite Phase eingeleitet.

Im Rahmen des Global-Gateway-Investitionspakets Afrika-Europa sind drei Leitinitiativen mit besonderem Schwerpunkt auf Wissenschaft, Technologie und Innovation vorgesehen, um die Innovationsagenda der Afrikanischen Union und der EU, regionale Exzellenzzentren für den ökologischen Wandel sowie die Bereiche Erdbeobachtung und Weltraumtechnologien zu unterstützen.

Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

Im Jahr 2022 unterstützte die EU nachhaltiges und inklusives Wachstum sowie die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen in den Partnerländern, indem sie die Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel erleichterte. Der *Bericht über Investitionen in nachhaltige Entwicklung*²² zur Umsetzung der **Agenda von Addis Abeba** wurde veröffentlicht.

Die Tätigkeiten im Rahmen der EU-Expertenzentrale für Beschäftigung, Arbeit und Sozialschutz (**SOCIEUX+**) wurden auf die westlichen Balkanländer ausgeweitet; hierfür wurden Finanzmittel in Höhe von 10 Mio. EUR bereitgestellt.

Die Kommission prüfte weiterhin die Einrichtung von **bilateralen strategischen Partnerschaften im Bereich der Rohstoffwertschöpfungsketten** über entsprechende Vereinbarungen, insbesondere mit Partnern in Afrika (z. B. Namibia), Lateinamerika, den westlichen Balkanländern und Zentralasien (z. B. Kasachstan).

Im November schloss die Kommission Verhandlungen mit der Republik Angola über ein Abkommen über nachhaltige Investitionsförderung ab, das dazu beitragen wird, Investitionen anzuziehen und

²² Europäische Kommission, Generaldirektion für internationale Partnerschaften, *Investing in sustainable development: progress report 2018-2020*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022, <https://data.europa.eu/doi/10.2841/156351>.

auszuweiten und dabei die Verpflichtungen in Bezug auf Umwelt und Arbeitsrechte durchgehend zu berücksichtigen.

Im *Fortschrittsbericht 2022 über die EU-Handelshilfe*²³ wurde bestätigt, dass die Partnerländer dank der Handelshilfe ihre Handelskapazitäten ausbauen und die COVID-19-Pandemie bekämpfen konnten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind weiterhin die wichtigsten Geber von globaler Handelshilfe.

Migration, Flucht und Vertreibung

Auf den meisten Migrationsrouten in die EU war 2022 ein Anstieg der Migrationszahlen zu verzeichnen, insbesondere auf den Routen über das zentrale und östliche Mittelmeer sowie über die westlichen Balkanländer. Weltweit erreichte die Zahl der Vertriebenen erstmals die Marke von 100 Millionen Menschen, und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zur Vertreibung von weiteren Millionen von Menschen.

Als Ausdruck ihres gemeinsamen Engagements brachten die EU und ihre Mitgliedstaaten im Dezember zwei regionale Leitinitiativen im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ auf den Weg, um insbesondere entlang der Routen über das zentrale und westliche Mittelmeer und über den Atlantik das Migrationsmanagement zu stärken. Im Dezember legte die Kommission einen EU-Aktionsplan zur Bewältigung der Herausforderungen auf der Westbalkanroute vor.

Ferner wurde 2020 ein weiteres Unterstützungspaket im Wert von 310 Mio. EUR für syrische Vertriebene innerhalb Syriens sowie für Flüchtlinge und hilfsbedürftige Aufnahmegemeinschaften in Irak, Jordanien und Libanon angenommen.²⁴ Gemeinsam sind die EU und ihre Mitgliedstaaten nach wie vor der größte Geber von Mitteln zur Bewältigung dieser Krise. Auf der **Brüssel-VI-Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“** wurden Mittel in Höhe von insgesamt 6,4 Mrd. EUR zugesagt.

Gute Regierungsführung, Frieden, Sicherheit und Menschenrechte

Durch die Förderung eines integrierten Vorgehens bei der Bewältigung von Konflikten und Krisen trugen die Maßnahmen der EU zu einem stärkeren Europa in der Welt bei, unter anderem im Rahmen der Unterstützung für die Stärkung von Frieden und Resilienz, **die Reform des Sicherheitssektors und den Aufbau von Kapazitäten zur Unterstützung der Entwicklung und der Sicherheit für Entwicklung (CBDSD)**.

In **Afghanistan** richtete die EU den Fokus darauf, den Zusammenbruch des Landes zu verhindern, ohne dabei die möglichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen innerhalb und außerhalb des Landes außer Acht zu lassen. Besondere Aufmerksamkeit galt den Rechten von Frauen und Mädchen sowie der Gleichstellung der Geschlechter. Vor diesem Hintergrund wurde ein Forum für weibliche Führungskräfte in Afghanistan eingerichtet.

Über ihre multilateralen, regionalen sowie bilaterale Instrumente und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft setzte sich die EU weiterhin für die Wahrung und Förderung der Menschenrechte und der Demokratie ein. Gemeinsam mit dem NRO-Netz für Menschenrechte und Demokratie (HRDN)

²³ Europäische Kommission, Generaldirektion für internationale Partnerschaften, *EU aid for trade: progress report 2022*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023, <https://data.europa.eu/doi/10.2841/005862>.

²⁴ Einschließlich 240 Mio. EUR an humanitärer Hilfe.

organisierte die EU das **24. EU-NRO-Forum für Menschenrechte**²⁵, dessen Schwerpunkt auf den Themen Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit lag. Darüber hinaus hat die EU ihre Unterstützung für den Mechanismus „ProtectDefenders.eu“ erneuert und deutlich erhöht, über den im Jahr 2022 mehr als 6500 der am stärksten gefährdeten Menschenrechtsverteidiger unterstützt wurden.

Für den **Jemen**, in dem nach wie vor eine der schlimmsten humanitären Krisen weltweit herrscht, stellte die Kommission im Jahr 2022 einen Betrag von 170 Mio. EUR bereit. In dem Land wurden Millionen von Menschen vertrieben und sind verarmt und unterernährt.

GLOBALE REICHWEITE

Subsahara-Afrika

Auf dem **sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union** wurde eine gemeinsame Vision für eine erneuerte Partnerschaft verabschiedet, die durch das Global-Gateway-Investitions paket ergänzt werden soll. Das **elfte Treffen zwischen der Kommission der Afrikanischen Union und der Europäischen Kommission** fand am 28. November statt und erstreckte sich auf sämtliche Aspekte der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Afrikanischen Union.

Im Rahmen des **Programms „Jugendmobilität für Afrika“** wurden 36 Erasmus+-Projekte zum Kapazitätsaufbau in 31 Ländern vergeben.

Mit Namibia unterzeichnete die EU im November eine Vereinbarung über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft für nachhaltige Rohstoffwertschöpfungsketten und erneuerbaren Wasserstoff.

Asien und Pazifischer Raum

Anlässlich des 45-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen mit dem ASEAN (Verband südostasiatischer Nationen) richtete die EU im Dezember in Brüssel das erste **Gipfeltreffen EU-ASEAN** aus. Bei diesem Treffen wurde ein neuer **Energiedialog zwischen der EU und dem ASEAN** ins Leben gerufen, um die Energiewende und die regionale Integration der Energiesysteme sowie Global-Gateway-Initiativen zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 10 Mrd. EUR zu unterstützen. Am Rande des Gipfels wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit **Malaysia** und **Thailand** unterzeichnet. Im Oktober unterzeichneten die EU und der ASEAN zudem das umfassende Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und dem ASEAN und damit das erste Luftverkehrsabkommen zwischen zwei Regionen überhaupt.

Auf dem 28. **Gipfeltreffen EU-Japan** verpflichteten sich die EU und Japan zur Zusammenarbeit, um die regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten, und vereinbarten die erste digitale Partnerschaft der EU.

Im September wurde das erste EU-Indien-Forum für grünen Wasserstoff organisiert, um das Engagement des öffentlichen und privaten Sektors bei der Entwicklung von Wasserstoff zur Dekarbonisierung der indischen Wirtschaft zu unterstützen.

²⁵ https://www.eeas.europa.eu/eeas/stop-impunity-%E2%80%93-road-accountability-and-justice_en

Nach den Überschwemmungen in **Pakistan** im Juni, von denen Millionen von Menschen betroffen waren, leisteten die EU und ihre Mitgliedstaaten rasch Hilfe.

In **Bangladesch** erhielten 2022 dank EU-Budgethilfe 750 000 Kinder, die keine Schule besuchten, durch 25 309 Lernzentren Zugang zu Bildung.

Auf der **Konnektivitätskonferenz EU-Zentralasien** in Samarkand wurden regionale Konnektivitätsinitiativen vorangebracht und die Notwendigkeit erörtert, nachhaltige, zuverlässige und effiziente Verkehrs-, Digital- und Energieverbindungen zwischen Europa und Zentralasien zu ermitteln. Zudem wurde der Start einer Global-Gateway-Initiative für digitale Konnektivität angekündigt.²⁶

Die Partnerschaft zwischen der EU und dem **Golf-Kooperationsrat** erhielt 2022 neue Impulse, und zwar auf einer gemeinsamen Ratstagung im Februar, auf der ein ehrgeiziges gemeinsames Aktionsprogramm für einen Zeitraum von fünf Jahren gebilligt wurde. Im Mai nahm die EU eine gemeinsame Mitteilung mit dem Titel „*Eine strategische Partnerschaft mit der Golfregion*“²⁷ an.

Zudem wurde auf einschlägigen Konferenzen in Turkmenistan, der südostasiatischen Region und China das Engagement für die Verringerung der Methanemissionen gestärkt.

Amerika und karibischer Raum

Am 27. Oktober trafen sich die Außenminister der **Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)** und der EU zum ersten Mal seit 2018 in Buenos Aires.

Im Dezember schlossen die EU und Chile das **Fortgeschrittene Rahmenabkommen EU-Chile**, mit dem das bestehende bilaterale Assoziierungsabkommen aktualisiert wurde.

Am 22. Juni brachten Präsidentin von der Leyen und der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez eine **neue Partnerschaft zwischen der EU und den lateinamerikanischen und karibischen Staaten** auf den Weg, bei der es um die lokale Herstellung von Impfstoffen, Arzneimitteln und anderen Gesundheitstechnologien sowie um die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme geht.

In **Venezuela** dauerte die sozioökonomische und politische Krise an: Schätzungen zufolge sind über 14 Millionen Menschen in Not und haben mehr als 7 Millionen Venezolaner ihr Land verlassen. Durch ihren Beitrag zu sektorübergreifenden Hilfsmaßnahmen in Venezuela und der Region hat die EU rund 3,1 Millionen bedürftige Menschen unterstützt.

Europäische Nachbarschaft

In der östlichen Nachbarschaft stand das Jahr 2022 im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Stärkung der Beziehungen zu den östlichen Partnerländern der EU (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und Ukraine). Darüber hinaus leistete die EU weiterhin verstärkte Unterstützung für die Menschen in Belarus.

²⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_6963

²⁷ [JOIN\(2022\) 13 final vom 18. Mai 2022](https://join.ec.europa.eu/sites/default/files/2022-05/JOIN(2022)_13_final_vom_18_Mai_2022.pdf)

Im Dezember bekräftigten die Außenminister der EU und der östlichen Partnerländer die Relevanz der **Agenda für die östliche Partnerschaft**, räumten aber gleichzeitig ein, dass ihre Umsetzung an aktuelle Ereignisse angepasst werden müsse.

Die EU unterstützte Friedensgespräche zwischen **Armenien und Aserbaidschan** und entsandte eine Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Armenien und damit erstmals in ein Land der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Unterdessen setzte die EU die humanitäre Hilfe für beide Seiten fort.

Die im Juli mit **Aserbaidschan** unterzeichnete Vereinbarung für den Energiebereich wird dazu dienen, die Energiesicherheit der EU zu stärken und den ökologischen Wandel in Aserbaidschan zu fördern.

In **Belarus** trug die EU durch ihre starke Unterstützung der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien dazu bei, dass zivilgesellschaftliche Engagement und freie Stimmen in dem Land trotz der brutalen Unterdrückung durch das Lukaschenko-Regime weiterhin Bestand hatten.

Mit Blick auf die Republik Moldau leistete die EU große Unterstützung zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Landes und intensivierte die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung (unter anderem in Bezug auf hybride Bedrohungen, Cybersicherheit und die Bekämpfung von Desinformation sowie durch Hilfsmaßnahmen für die moldauischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität). Im März wurde ein politischer und sicherheitspolitischer Dialog auf hoher Ebene eingeleitet. Die EU ergriff weiterhin vertrauensbildende Maßnahmen, um die Bemühungen um eine Konfliktbeilegung zu fördern.

In **Georgien** half die EU, die Anfälligkeit des Landes für hybride Bedrohungen und Cyberbedrohungen zu verringern, und unterstützte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität die Modernisierung der georgischen Verteidigungskräfte. Die EU beteiligte sich weiterhin aktiv an den Bemühungen zur Konfliktlösung, zum Beispiel durch die Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für den Südkaukasus und die Krise in Georgien sowie die EU-Beobachtungsmission.

Auf dem vierten EU-Ministertreffen zur südlichen Nachbarschaft am 24. November in Barcelona bekräftigten die EU und ihre Partner ihre Entschlossenheit, die partnerschaftlichen Beziehungen im Mittelmeerraum zu stärken. Zudem verpflichteten sie sich, die dringlichsten wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen anzugehen, wobei der Schwerpunkt auf den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine und insbesondere den Auswirkungen auf die Energie- und Ernährungssicherheit lag.

Im Oktober wurde die **Grüne Partnerschaft zwischen der EU und Marokko** geschlossen. Durch das mit 50 Mio. EUR ausgestattete Programm *Énergie Verte* soll die Energiewende in Marokko gefördert werden, während über das mit 115 Mio. EUR ausgestattete Programm *Terre Verte* die nachhaltige Entwicklung der Forst- und Landwirtschaft unterstützt wird.

Im November haben die EU und Ägypten durch Unterzeichnung einer Vereinbarung über eine strategische Partnerschaft für erneuerbaren Wasserstoff ihre Zusammenarbeit bei der Energiewende intensiviert. Ein trilaterales Abkommen mit Ägypten und Israel bildet den Rahmen für die Lieferung von israelischem Gas in die EU, das in entsprechenden Anlagen in Ägypten verflüssigt werden soll.

Westbalkan und Türkei

Die EU setzte sich 2022 weiterhin für die Förderung der europäischen Perspektive der Region ein und eröffnete im Juli den Verhandlungsprozess mit **Nordmazedonien** und **Albanien**. Ferner wurde **Bosnien und Herzegowina** im Dezember der Status eines Bewerberlands zuerkannt und eine Einigung über die Visaliberalisierung für den Kosovo²⁸ erzielt. Am 6. Dezember fand in Tirana das **erste Gipfeltreffen EU-Westbalkan** statt.

Den zentralen politischen Rahmen für Mittel aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) bilden nach wie vor die Wirtschafts- und Investitionspläne sowie die Grüne Agenda für die westlichen Balkanstaaten, die über den **Investitionsrahmen für den westlichen Balkan** umgesetzt werden. Im Jahr 2022 wurden 40 Vorzeigeprogramme genehmigt, durch die Investitionen in Höhe von 5,7 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen.

Eine bedeutende Errungenschaft im November war die rasche Verabschiedung eines beispiellosen **Pakets zur Unterstützung der westlichen Balkanstaaten im Energiebereich** in Höhe von 1 Mrd. EUR als Reaktion auf die Energiekrise.

Die **Türkei** beherbergt weltweit die größte Zahl an Flüchtlingen. Im Rahmen von zwei humanitären Vorzeigeprogrammen stellte die EU Bargeldhilfen für fast 1,5 Millionen Menschen bereit und unterstützte den Zugang von über 800 000 Kindern und ihren Familien zu Bildung.

Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)

Die ÜLG haben besondere verfassungsrechtliche Verbindungen zu drei Mitgliedstaaten: Dänemark, Frankreich und den Niederlanden.

Das **19. jährliche EU-ÜLG-Forum** wurde am 22. November von Neukaledonien ausgerichtet. Die ÜLG spielen für die EU eine zunehmend strategische Rolle, sind wichtige Botschafter der EU in den jeweiligen Regionen und sind mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen verbunden, beispielsweise durch ausgedehnte ausschließliche Wirtschaftszonen.

In der Karibik erhalten alle ÜLG der Region über das **Programm „RESEMBID“** Unterstützung in den Bereichen Stärkung der Widerstandsfähigkeit, nachhaltige Energieversorgung und biologische Vielfalt der Meere. Die Maßnahmen im Bereich der biologischen Vielfalt kamen Lebensräumen in sechs ÜLG und rund 400 000 Bürgern und Einwohnern zugute.

²⁸ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.